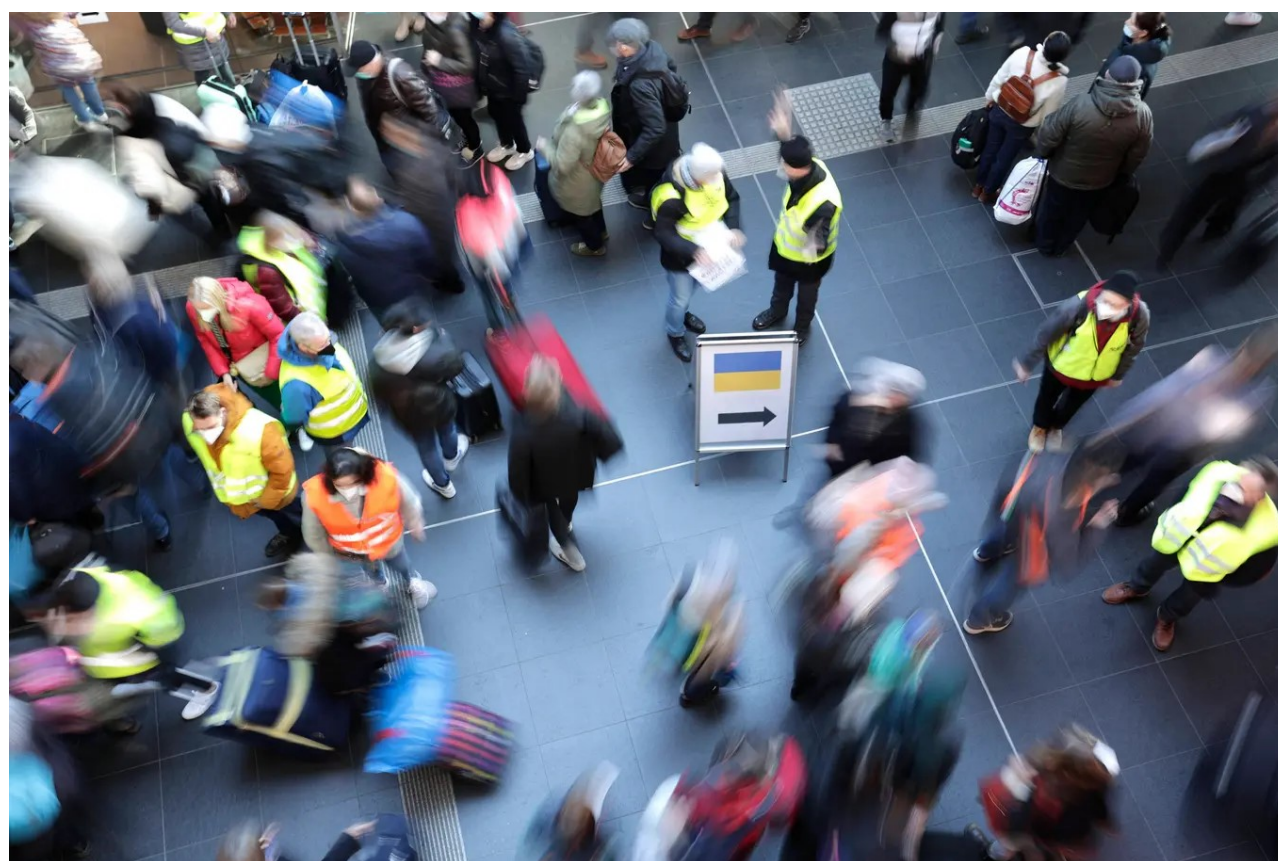


In Deutschland leben 200 000 wehrfähige Ukrainer. Angst vor Kriegsdienst müssen sie trotzdem keine haben

Die Ukraine braucht neue Soldaten. Ihr Verteidigungsminister hat seine Landsleute deshalb zur Rückkehr aufgefordert. Gezwungen werden kann dazu nach deutschem Recht aber niemand.

Oliver Maksan, Berlin

22.12.2023, 16.28 Uhr ⌚ 4 min



Bei der Mehrzahl der nach Deutschland geflohenen Ukrainer handelt es sich um Frauen und Minderjährige. Doch auch zahlreiche Männer im wehrfähigen Alter haben in der Bundesrepublik Aufnahme gefunden.

Jens Schicke / Imago

Deutschlands Politik diskutiert, wie sie auf den Wehrappell des ukrainischen Verteidigungsministers Rustem Umjerow reagieren soll. Der hatte am Mittwoch

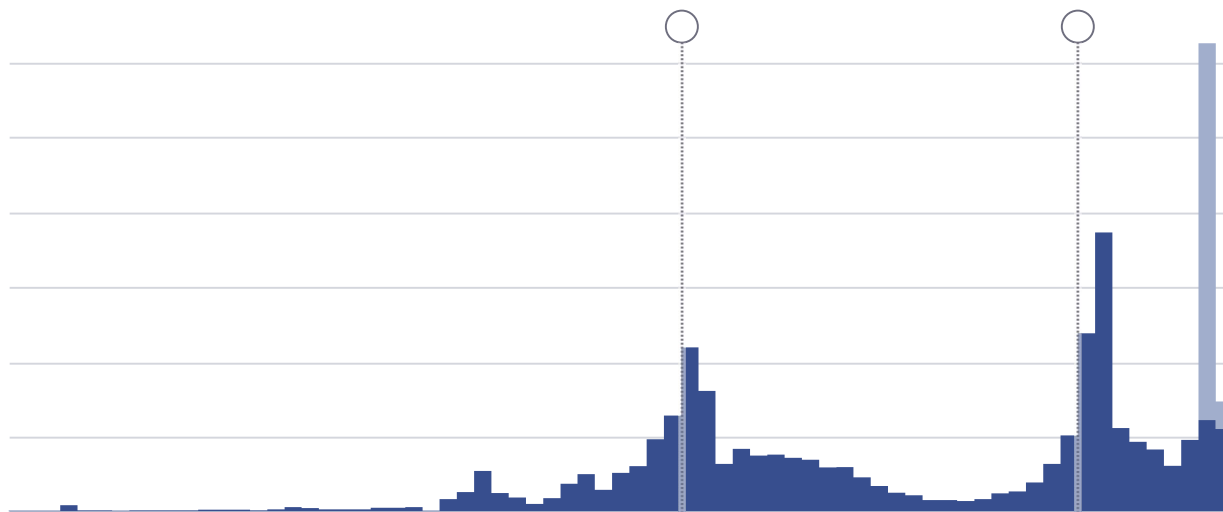
im Gespräch mit Medien des Axel-Springer-Verlags wehrfähige Ukrainer in Deutschland aufgerufen, zurückzukehren und ihre Heimat zu verteidigen. Sie sollen laut den Angaben bald eine Aufforderung erhalten, sich in den Rekrutierungszentren der ukrainischen Streitkräfte zu melden. Der Minister sprach dabei von einer «Einladung». Aber auch Sanktionen würden nun in Kiew erwogen. Später dementierte die Ukraine, dass den Betroffenen Zwangsmassnahmen drohten. Auch sei es eher um Aufrufe allgemeiner Art gegangen.

Für den Appell des Ministers gibt es derzeit gute Gründe. Die militärisch unter Druck stehende Ukraine will bis zu 500 000 weitere Soldaten mobilisieren. Das fielen dem bald ins dritte Kriegsjahr gehenden Land leichter, würden sich trotz Verbot ins Ausland geflohene Männer zur Verfügung stellen. Allein in Deutschland leben laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schliesslich fast 200 000 ukrainische Männer im wehrfähigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren. In der EU insgesamt sollen sich laut Daten von Eurostat etwa 650 000 Männer aus der Ukraine in diesem Alter aufhalten.

2022 kamen mehr Flüchtlinge nach Deutschland als 2015/16

Zahl der jährlichen Asylanträge sowie der ukrainischen Flüchtlinge¹ (2023: bis August), in Millionen

Asylanträge Ukrainische Flüchtlinge



- Flucht- und Minderheitenwanderungen aus Ost- und Südosteuropa im Jahr 1992. Im Jahr darauf folgten verschärfte Grenzkontrollen und eine Reform des Asylrechts.
- Höhepunkt der europäischen Flüchtlingskrise 2015/16.

¹ Flüchtlinge aus der Ukraine müssen kein Asylverfahren durchlaufen. Im Jahr 2022 beantragten nur 705 Asyl.

Quellen: Bamf, Ausländerzentralregister

NZZ / sih.

Kriegsdienstverweigerern die Sozialhilfe kürzen?

Die deutsche Regierung hat sich bislang nicht offiziell zu dem ukrainischen Appell verhalten. Laut Bundesinnenministerium ist kein Gesuch um Amtshilfe eingegangen. Der deutsche Justizminister Marco Buschmann äusserte sich derweil zurückhaltend. «Dass wir nun Menschen gegen ihren Willen zu einer Wehrpflicht oder zu einem Kriegsdienst zwingen, das wird nicht der Fall sein», sagte der FDP-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. «Ich kann mir nicht vorstellen, da unsere Verfassung ja für deutsche Staatsbürger vorsieht, dass niemand gegen seinen Willen Dienst an der Waffe leisten muss, dass wir Menschen anderer Staaten dann dazu zwingen können.»

Politiker aus der Union fordern indes mehr politische Unterstützung für das ukrainische Anliegen – bis hin zu Sanktionen gegen Kriegsdienstverweigerer. So sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter im

Deutschlandfunk, dass man es nicht gutheissen könne, wenn diese Männer sich der Unterstützung ihrer Heimat entzögen. Die Bundesregierung sollte der Ukraine dabei helfen, sie für den Wehrdienst oder den Heimatschutz zu rekrutieren. Zu diesem Zweck sollten politische Abkommen geschlossen werden.

Abschiebungen schloss Kiesewetter zwar aus. Er schlug stattdessen vor, Ukrainern, die sich dem Wehrdienst verweigern, das deutsche Bürgergeld zu kürzen. Dabei handelt es sich um Sozialhilfe in der Höhe, die auch Deutsche erhalten.

Auf Anfrage erklärte Kiesewetter, dass eine solche Kürzung rechtlich möglich sei. «Es ist eine politische Entscheidung, welchen Schutzstatus ukrainische Geflüchtete erhalten und mit welchen Leistungen dies verbunden ist», sagte er. So könne die Bundesregierung das Aufenthaltsrecht selektiv aufheben oder Ukrainer in wehrfähigem Alter von der sogenannten Massenzustroms-Richtlinie ausnehmen. Dann entfiele zunächst das Bürgergeld. Schnell würde sich dann die Frage stellen, ob ein Asylgrund vorliege. Der sei in der Regel bei ukrainischen Wehrdienstpflichtigen aber nicht gegeben.

Der christlichdemokratische Verteidigungspolitiker Johann Wadephul wies die Forderung seines Fraktionskollegen nach einer Kürzung der Sozialhilfe zurück. «Direkte oder indirekte Zwangsmassnahmen, wie etwa Leistungskürzungen, können wir schon rechtlich nicht durchsetzen», sagte er der NZZ. Er halte das auch nicht für gerechtfertigt. «Wir sollten gar nicht den Versuch machen, hier ukrainische staatliche Macht auszuüben. Wer dem nicht folgen will, kann hier unbehelligt weiter bleiben.»

Der Verteidigungspolitiker plädierte allerdings dafür, die ukrainische Regierung darin zu unterstützen, hier lebende Staatsangehörige im wehrfähigen Alter zu erreichen. Konkret schlug Wadephul vor, dabei zu helfen, Einberufungsbescheide an die in Deutschland lebenden Empfänger zuzustellen. Der deutsche Staat habe ja deren Adressen.

Ein Entzug des Aufenthaltstitels droht nicht

Gegen eine solche Zustellung des Einberufungsbescheids im Zuge der Amtshilfe spricht aus Sicht des in Halle lehrenden Migrationsrechtlers Winfried Kluth tatsächlich nichts. Rechtliche Probleme entstünden erst, wenn es zu Vollzugsmassnahmen käme, sagte er der NZZ. Eine Kürzung des Bürgergeldes wäre aus Sicht des Juristen bereits schwieriger. Sie würde eine entsprechende gesetzliche Regelung voraussetzen. Dies wäre mit Blick auf den Sinn und Zweck der Schutzgewährung aber problematisch.

Der Jurist Kluth stellte grundsätzlich klar, dass nach Deutschland geflohene Ukrainer im wehrfähigen Alter keinen Entzug ihres Aufenthaltstitels fürchten müssen. Der Status des vorübergehenden Schutzes sehe keine Ausnahmeklausel für Wehrpflichtige vor, so Kluth. Somit dürften Ukrainer, die sich dem Wehrdienst in ihrer Heimat weiterhin entziehen wollen, wenigstens bis März 2025 sicher sein. So lange gilt nach jetzigem Stand die ihnen von der Bundesrepublik gewährte Aufenthaltserlaubnis.

Diese könnte freilich je nach Kriegsverlauf verlängert werden. Kenner der militärischen Lage in der Ukraine wie der Potsdamer Militärhistoriker Sönke Neitzel gehen von einem Abnutzungskrieg aus, der so bald nicht enden werde. «Es ist daher notwendig, weitere Männer einzuziehen – das war in allen längeren Kriegen so», sagte er. Deutschland und Frankreich hätten im Ersten Weltkrieg 80 Prozent der wehrfähigen männlichen Bevölkerung eingezogen, das russische Zarenreich etwa 40 Prozent. «Von solchen Zahlen ist man derzeit in der Ukraine noch sehr weit entfernt.»

Passend zum Artikel



Auf der Flucht statt an der Front: In der Emigration blicken ukrainische Männer einer schwierigen Rückkehr entgegen. Werden sie dereinst als Verräter empfangen?

30.03.2023 ⌚ 10 min



Wie weiter? Die Ukraine und der Westen suchen nach einem Jahr der Enttäuschungen eine neue Strategie gegen Russland

21.12.2023 ⌚ 6 min



Mehr von Oliver Maksan (oma) >



Debatte um Familiennachzug: Wenn sich die SPD durchsetzt, dann dürfte der Migrationsdruck noch grösser werden

20.12.2023 ⌚ 5 min



Nach Wahl in Pirna: Die Verliererparteien schieben sich gegenseitig die Schuld zu, die AfD hofft auf 40 Prozent

18.12.2023 ⌚ 3 min





Neue Ära oder Mogelpackung? Das Ende der Imam-Entsendung aus der Türkei stösst auf ein geteiltes Echo

17.12.2023 ⌚ 4 min



«Spiegel»-Bericht: Nahm ein AfD-Abgeordneter Aufträge des chinesischen Geheimdienstes an?

16.12.2023 ⌚ 4 min

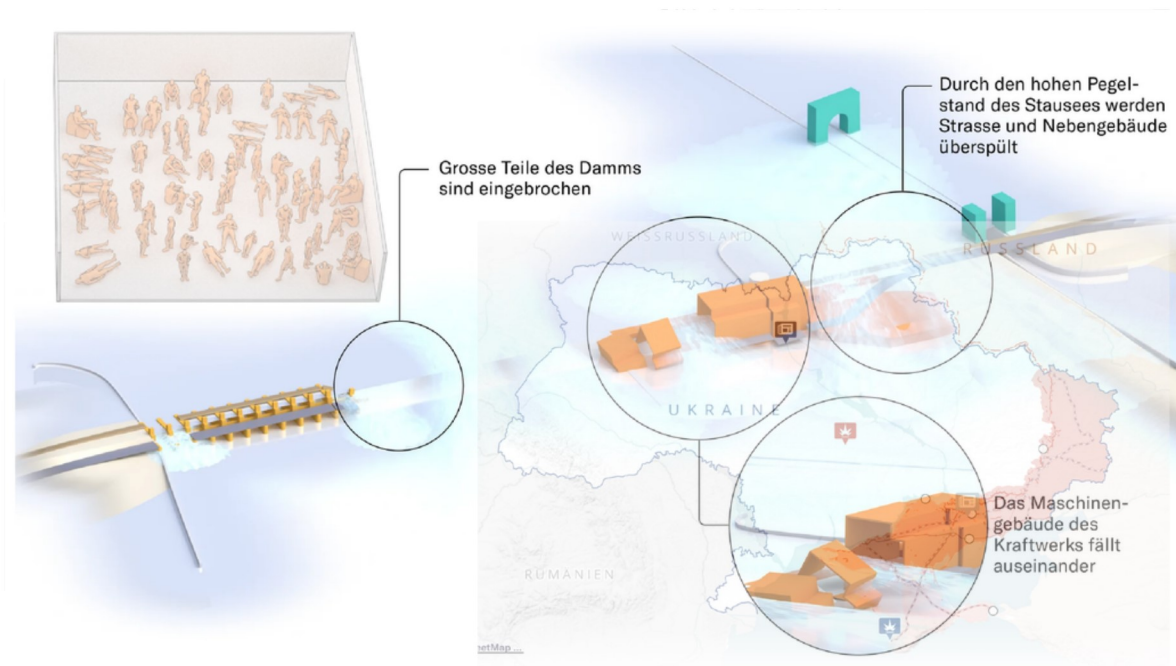


Hessen: CDU und SPD geben grünes Licht für eine grosse Koalition

16.12.2023 ⌚ 4 min



Mehr zum Thema **Ukraine** >



Der grosse visuelle Rückblick: Das war das Jahr 2023 in Grafiken

vor 3 Stunden ⌚ 8 min





LIVE

Krieg in der Ukraine: Russisch kontrollierte Behörde meldet eine Tote und Verletzte nach ukrainischem Beschuss +++ Ukrainische Luftwaffe wehrt russische Kampfdrohnen ab

vor 4 Stunden ⌚ 13 min



Eine russische Rentnerin reist zu ihrer Tochter nach Zürich – und bleibt wegen des Angriffskrieges. Doch die Behörden kennen kein Pardon

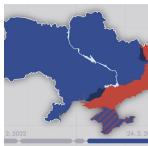
24.12.2023 ⌚ 4 min



KURZMELDUNGEN

Deutschland: 2023 wurden fast 125 000 Visa zum Familiennachzug erteilt – mehr als im Jahr davor +++ Sturmtief «Zoltan» sorgt für Schäden und Unfälle in München

24.12.2023



INTERAKTIV

So entwickelt sich der Ukraine-Krieg – klicken Sie sich Tag für Tag durch unsere Karte

22.12.2023 ⌚ 5 min

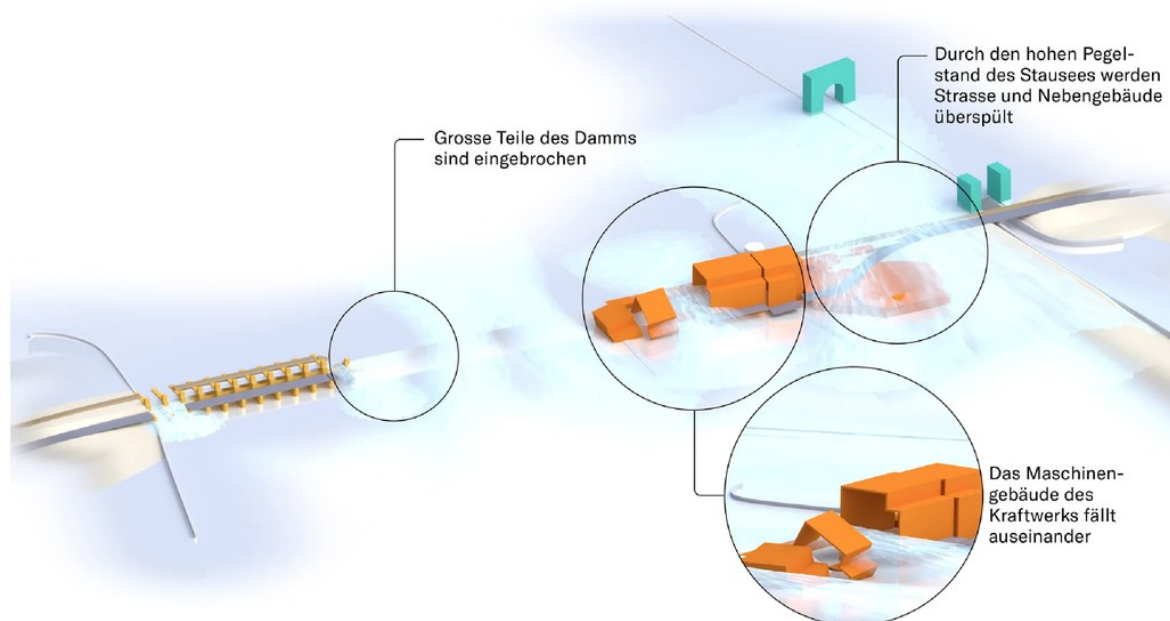


Wie sich der Ukraine-Krieg auf die Preise und die Wirtschaft in Deutschland auswirkt

22.12.2023 ⌚ 1 min



Für Sie empfohlen >



Der grosse visuelle Rückblick: Das war das Jahr 2023 in Grafiken

vor 3 Stunden ⌚ 8 min



Eine russische Rentnerin reist zu ihrer Tochter nach Zürich – und bleibt wegen des Angriffskrieges. Doch die Behörden kennen kein Pardon

24.12.2023 ⌚ 4 min



«Ich bin nicht ich», sagt Vera – wie ich mir als Psychiater selbst fremd wurde und so einen Zugang zu meinen an Demenz erkrankten Patienten fand

vor 4 Stunden ⌚ 10 min

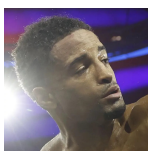


INTERVIEW

Erst die Wohnung, dann der Rest: Ist «Housing First» die Rettung der Zürcher Obdachlosen?

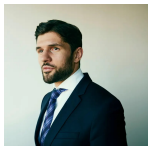
25.12.2023 ⌚ 3 min





Der Berner Boxer Angelo Peña sagt: «Ich will Weltmeister werden» – und erinnert an die verstorbene Legende Fritz Chervet

vor 4 Stunden ⌚ 4 min



Boxchampion in der Teppichetage: «Im Büro brauche ich mehr Punch als im Ring»

vor 4 Stunden ⌚ 6 min



Die Schweiz bekommt den weltweit modernsten Supercomputer für künstliche Intelligenz – so funktioniert er

24.12.2023 ⌚ 7 min

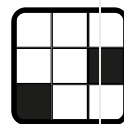


Flix setzt auf Züge: Der Angstgegner der Schweizer Bähnler

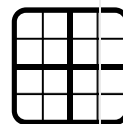
24.12.2023 ⌚ 4 min



Solitär



Kreuzworträtsel



Sudoku



Mahjong



Street



Snake

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.